



Das **Klimabündnis Dürkheim** hat die beiden Bewerber zum Landrat gefragt: was sind Ihre Ziele und Schritte zum Schutz unserer Erde. Wir stellen euch und Ihnen hier ihre Antworten im Originaltext zur Verfügung. Viel Interesse beim Lesen und eine gute Entscheidung bei der Landratswahl.

Themenkreis „Mobilität“

Frage des Klimabündnisses: Wie sieht für Sie ein zukunftsorientiertes Verkehrskonzept aus?

Antwort von Hans Ulrich Ihlenfeld (CDU)

Ich strebe für den Kreis ein umfassendes Mobilitätskonzept an, das alle Fortbewegungsmittel im Zusammenhang sieht und digital unterstützt sowie den Klimaschutz berücksichtigt. Die Fortführung eines dichten, barrierefreien Busnetzes zu den Ortsgemeinden sowie attraktiver Schnellverbindungen nach Mannheim/Ludwigshafen bleiben mein Ziel. Bei den Bussen wollen wir auch Fahrzeuge mit CO₂-vermeidendem Antrieb einsetzen. Zu einem attraktiven ÖPNV-Netz gehören P+R-Plätze, die weiter ausgebaut werden, gegenwärtig insbesondere entlang der Rhein-Haardt-Bahn.

Antwort von Timo Jordan (SPD)

Alle Bereiche der Mobilität müssen in einem solchen Konzept miteinander verbunden werden, um den motorisierten Individualverkehr deutlich zu reduzieren. Aus diesem Grund möchte ich ein Gesamtkonzept „Mobilität“ unter Einbindung entsprechender Fachverbände für unseren Landkreis. Beim ÖPNV benötigen wir eine bedarfsgerechte Ausstattung wie z.B. kleinere Busse (Elektro oder andere alternative Antriebsarten). Große Busse werden in der Regel nur für den Schülertransport verwendet. Eine bessere Taktung und der Ausbau der Infrastruktur (barrierefreie Haltestationen für Bus und Bahn, Fahrradboxen, Park-and-Ride / Bike-and-Ride-Parkplätze) müssen umgesetzt werden. Bushaltestellen werden, wenn möglich, auf dem Dach begrünt. Wünschenswert wäre ein vereinfachtes Tarifsystem. Der Ausbau einer Schnellbahnstrecke z.B. zwischen Bad Dürkheim und Mannheim muss forciert werden. Neben dem ÖPNV werde ich den konsequenten Ausbau von Radwegen bzw. Radschnellwegen (enge Abstimmung mit dem Verkehrskonzept der Metropolregion Rhein-Neckar) vorantreiben. Zu prüfen wäre ebenfalls ein kreisweit flächendeckendes und einheitliches Angebot für Car- und Bikesharing. Bürgerbusse, Mitfahrerbanken und-apps sowie „on demand“-Systeme können lediglich den ÖPNV ergänzen, jedoch nicht ersetzen. Investiert muss ebenso in die Elektromobilität. Die Ladeinfrastruktur muss demnach kreisweit vorangetrieben werden. Die Verwaltung und alle Gesellschaften des Landkreises Bad Dürkheim werden sich mit mir als Landrat einem betrieblichen Mobilitätsmanagement unterziehen, was auch kreisangehörigen Gemeinden und Unternehmen kostenlos angeboten wird. Die Fahrzeugflotte der Kreisverwaltung wird komplett auf E-Mobilität oder alternativer Antriebe (auch das Dienstfahrzeug des Landrats!) umgestellt. Das Projekt Lama (Laden am Arbeitsplatz für E-Bike-Akkus etc.) wird allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht. Etwas weiter in der Ferne liegt noch das autonome Fahren. Der Landkreis Bad Dürkheim wird sich frühzeitig mit dieser Entwicklung auseinandersetzen.

Frage des Klimabündnisses: Sind Sie bereit für die erforderliche Mobilitätswende auch Einschränkungen im motorisierten Individualverkehr vorzunehmen wie bspw. Verengung der Autostraßen zugunsten von Rad- und Gehwegen oder auch Verknappung von Parkraum für Autos?

Antwort von Hans Ulrich Ihlenfeld (CDU)

Der Kreis hat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden das Konzept für ein barrierefreies Radwegenetz erarbeitet und hat vom Land den Ausbau von Radschnellwegen auch in unserem Landkreis gefordert. Radstreifen auch entlang von überörtlichen Straßen werde ich unterstützen, wo es sinnvoll und ohne Einschränkungen für andere Verkehrsteilnehmer möglich ist. Ziel ist es, möglichst viele Verkehre weg vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV oder auf Radverkehre zu übertragen. - Zur Ehrlichkeit gehört aber auch: Das Auto bleibt in unserer Region oft ein notwendiges Fortbewegungsmittel.

Antwort von Timo Jordan (SPD)

Die Mobilitätswende steht als öffentliche Aufgabe im Spannungsfeld gesellschaftlicher Erwartungen. Es ist eindeutig so, dass wenn man es mit der Mobilitätswende ernst meint, es zu größeren Veränderungen kommen muss. Das bedeutet nicht, dass wir eine komplette Abkehr von dem Bisherigen machen, sondern, dass wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog treten, um solche einschneidenden Veränderungen zu realisieren. Nur so erhält man auch eine Akzeptanz in der Bevölkerung und „stülpt“ nichts über. Beispielsweise sollen zukünftig bei allen Straßenbauprojekten gleichzeitig Rad- und Fußwege mit geplant werden. Die Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern muss stets beachtet und priorisiert angegangen werden. Es darf bei der Mobilitätswende keine Denkverbote geben – dies gilt auch und gerade für mich als Landrat!



Frage des Klimabündnisses: Welches sind die wichtigsten Bausteine in Ihrem Konzept zur Vermeidung des CO₂-Ausstoßes im Verkehr?

Welche Handlungsschritte planen Sie mit welchen Akteuren?

Antwort von Hans Ulrich Ihlenfeld (CDU)

Der wichtigste Baustein ist die Vermeidung von Verkehr durch Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor, sei es durch Verlagerung auf den ÖPNV oder auf CO₂-vermeidende Antriebsarten. Ich unterstütze deshalb den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge im Kreis. Da ich diese Technologie für eine Brückentechnologie halte, setze ich mich aber auch für die Entwicklung von Wasserstoff als Energieträger für Fahrzeuge ein. Hier arbeitet die Metropolregion Rhein-Neckar an Konzepten zur weiteren Entwicklung mit einem Netzwerk an innovativen Unternehmen. Für dieses Netzwerk bringe ich mich im Landkreis ein. Die Kreisverwaltung hat auf ihrem Gelände Elektrolademöglichkeiten geschaffen. Der Fuhrpark des Kreises ist permanent mit reinen Elektro- oder mit Hybridfahrzeugen und E-Bikes bestückt. Damit wollen wir für diese Antriebe werben und werden dies weiter ausbauen.

Beim ÖPNV stehen wir nicht allein: Der Verkehrsverbund Rhein-Neckar ist Dienstleister der Kommunen und als Plattform der richtige Partner, um den öffentlichen Nahverkehr auch in Zukunft attraktiv zu gestalten. Bei dem Radwegeausbau sind alle kommunalen Ebenen, Bund und Land gefordert. Der Ausbau hängt ab von den finanziellen Rahmenbedingungen. Der Ausbau mit Ladestellen erfolgt durch Anbieter in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Gemeinden. Der Landkreis ist hier koordinierend tätig.

Antwort von Timo Jordan (SPD)

Wie bereits beschrieben setze ich bei Bus und Bahn zukünftig auf „saubere“ Antriebsformen und bedarfsgerechtere Ausstattung (z.B. kleine Busse mit Ausnahme bei der Schülerbeförderung). Die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs wird durch ein attraktives Angebot des ÖPNV und vor allem an Radwegen beschleunigt. Durch das Angebot des betrieblichen Mobilitätsmanagements werden Verwaltungen und Betriebe weiter sensibilisiert und leisten einen wichtigen Beitrag.

Frage des Klimabündnisses: Wann möchten Sie welche Zwischenziele erreicht haben?

Antwort von Hans Ulrich Ihlenfeld (CDU)

Der Kreistag entscheidet 2022/23 neu über die Vergabe der Linienbündel im ÖPNV, der aktuelle Nahverkehrsplan und das Mobilitätskonzept sollen die Entscheidungen flankieren. Das Mobilitätskonzept soll 2021 in Auftrag gegeben werden. Bis 2022 sollen in jedem Ort barrierefreie Bushaltestellen vorhanden sein. Der Ausbau mit P+R-Plätzen soll etwa bis 2024 dauern. Der Radwegeausbau und die Angabe zeitlicher Perspektiven hängen wesentlich von finanziellen Zusagen vom Land ab.

Antwort von Timo Jordan (SPD)

Für die Gesamtkoordination wird es mit mir als Landrat einen hauptamtlichen Klimaschutzmanager in der Kreisverwaltung geben. Dieser ist dann organisatorisch aufgrund der übergeordneten Thematik direkt dem Landrat in der Kreisentwicklung unterstellt. Jede Vorlage im Kreistag bzw. in den Ausschüssen wird vorab einem „Klima-Check“ unterzogen, so dass für die Mitglieder der Ausschüsse direkt die Auswirkungen dieses zu beschließenden Projekts im Hinblick auf den Klimaschutz sichtbar ist. - Akteure: Kreistagsfraktionen. Ebenso koordiniert er alle weiteren Handlungsfelder in enger Abstimmung mit dem Landrat. (2022)

Aus meiner Sicht reichen dafür die bisherigen Beteiligungsformen der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr aus. Im ersten Schritt werde ich einen Klimaschutzbeirat (paritätische Besetzung von Politik und Fachverbänden/Interessensgruppen) ins Leben rufen. Ggfs. werden bestehende Ausschüsse umstrukturiert und der Klimaschutzbeirat nach den kommenden Kommunalwahlen (Kreistagswahlen) durch einen Klimaschutz- und Mobilitätsausschuss ergänzt. [Hinweis: Die Begrifflichkeiten der Ausschüsse können abweichen.] Die Bürgerbeteiligung steht immer im Vordergrund – Akteure: Kreistagsfraktionen, Fachverbände, Interessensgruppen, u.a. (2022/2024)

Die Themen ÖPNV-Ausschreibung und Ausbau der Radwegetze müssen frühzeitig und umfassend angegangen werden. - Akteure: Kreistagsfraktionen, Fachverbände, Interessensgruppen, Kreissenorenbeirat, Bürgerbeteiligung (2021/2022) Betriebliches Mobilitätsmanagement wird im Rahmen des Verwaltungshandeln bei der Kreisverwaltung umgesetzt. Gemeinsam mit Netzwerkpartnern wird dann das Projekt für Kommunen und Betriebe aus dem Landkreis vorbereitet. - Akteure: Kreistagsfraktionen, Netzwerkpartner, IHK/ HWK, Betriebe der Region, Kreisgemeinden, u.a. (2022/2023)



Themenkreis „Energie“

Frage des Klimabündnisses: Was werden Sie dazu beitragen, dass im Kreis Bad Dürkheim das Stromnetz möglichst ausschließlich aus erneuerbaren Energiequellen gespeist wird?

Antwort von Hans Ulrich Ihlenfeld (CDU)

Wir haben bereits viel erreicht: Das Regionalbüro der Energieagentur konnten wir in die Kreisverwaltung holen und eine eigene Energiegesellschaft treibt den Ausbau der regenerativen Energien insbesondere durch Photovoltaikanlagen voran. Der Abfallwirtschaftsbetrieb betreibt mit der Schwachstromvergasung in Friedelsheim das größte CO₂-Einsparungsprojekt im Landkreis. Diesen Weg will ich fortsetzen. Für die kreiseigenen Liegenschaften arbeiten wir an einem Konzept zur Errichtung von Photovoltaikanlagen. Neben der Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen müssen im Zusammenhang mit CO₂-Vermeidung aber auch das Thema Energieeffizienz und moderne Technologien wie z.B. Wärmesonden für öffentliche und private Gebäude genannt werden. Für diese Themen werbe ich.

Antwort von Timo Jordan (SPD)

Hier heißt mein Schlagwort „Photovoltaikoffensive“. Alle kreiseigenen Gebäude - auch Schulen - müssen im ersten Schritt auf die Realisierung von Photovoltaik geprüft und die Maßnahmen über ein verbindliches Konzept anschließend umgesetzt werden. Die Energiegesellschaft oder der AWB sollen weitere Projekte zur Erzeugung regenerativer Energien vor Ort initiieren und umsetzen. Weitere Maßnahmen - auch gemeinsam mit den Kommunen des Kreises - müssen folgen. Mir geht es auch darum, dass durch klimafreundliches Bauen (Sanierung, Erneuerung und Neubau) ein Beitrag in den Privathaushalten geleistet wird, der auf ein Anreiz- bzw. Belohnungssystem für die Bürgerinnen und Bürger fußt, wenn diese mehr als die vorgegebenen Standards in ihrem Projekt umsetzen. Hier ist intensive Öffentlichkeitsarbeit und Beratung notwendig, welche über den Klimaschutzmanager koordiniert wird. Ich selbst besitze eine Photovoltaik- und eine Solarthermieanlage. Für mich war dieses Thema nie nur ein Lippenbekenntnis.

Fragen des Klimabündnisses: Welche Handlungsschritte werden Sie mit welchen Akteuren umsetzen? Wann möchten Sie Zwischenziele erreicht haben?

Welche Möglichkeiten sehen Sie in der Beteiligung von Bürger*innen, bspw. im Rahmen von Energiegenossenschaften?

Wie möchten Sie diese unterstützen?

Antwort von Hans Ulrich Ihlenfeld (CDU)

Der Landkreis koordiniert das Klimaschutzmanagement. Wir haben ein Kooperationsabkommen mit den Kommunen, der Energieagentur und der Metropolregion abgeschlossen. Es gibt einen Arbeitskreis der Klimaschutzmanager. Für die skizzierten eigenen Klimaschutzaktivitäten des Kreises will ich die personelle Ausstattung unserer Verwaltung verstärken unter Nutzung der Fördermöglichkeiten für Klimaschutzmanagement. Wichtig sind mir die tatsächliche Umsetzung von CO₂-vermeidenden Maßnahmen und das klare Bekenntnis des Kreistages hierzu.

Alle Klimaschutzmaßnahmen sollen baldmöglichst umgesetzt werden. Der Ausbau von Photovoltaik auf kreiseigenen Dächern soll bis 2022 erfolgen, für energetische Sanierungen (insbesondere der Schulen) gibt es eine mittelfristige Planung bis 2025.

Die größte Beteiligung der Bürger ist bei der Ergreifung eigener CO₂-vermindernden Maßnahmen bei privaten Gebäuden möglich. Deshalb sind mir die Aufklärung und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger ein wichtiges Anliegen. Dafür haben wir die Energieagentur ins Haus geholt. Mit dem Arbeitskreis Klimaschutz wurde eine enge Verzahnung zur Arbeit der Gemeinden im Kreis geschaffen. Wettbewerbe wie das Stadtradeln sorgen für mehr Aufmerksamkeit für das Thema Klimaschutz. Energiegenossenschaften können geeignete Modelle vor Ort sein, der Kreis steht hier beratend zur Seite, die Energiegesellschaft „Neue Energie Landkreis Bad Dürkheim“ bietet eine Plattform, die auch Bürgerbeteiligungen möglich macht.

Antwort von Timo Jordan (SPD)

Zunächst muss ich mich in die bereits vorhandenen Strukturen einarbeiten und entsprechende Gespräche mit Energieagentur, Energiegesellschaft, AWB und Kreistagsfraktionen führen. Teilweise haben diese bereits im Wahlkampf begonnen. Wichtig ist es, zukünftig Doppelstrukturen zu vermeiden und effiziente Prozesse zu beschreiben. Diese Thematik ist von hoher Bedeutung und wird in den Jahren 2022/2023 intensiv bearbeitet. In diesem Zusammenhang wird auch das Thema „Energiegenossenschaft“ behandelt. Mir persönlich sind solche Modelle eher in kleinen Kommunen und Gemeinden bekannt, weshalb man hier eine Übertragung auf den gesamten Landkreis sehr gut betrachten muss. Hierzu ist auch zwingend externe juristische und steuerrechtliche Unterstützung notwendig. Sollte ein solches Projekt realisiert werden, wird die Kreisverwaltung und entsprechende Partner diesen Aufbau einer Genossenschaft intensiv begleiten und öffentlich hierfür werben.



Themenkreis „Artenschutz“

Fragen des Klimabündnisses: Welche steuernden Maßnahmen streben Sie an, um den dramatischen Artenverlust im Landkreis zu verringern?

Welches sind die Adressaten Ihrer steuernden Maßnahmen?

Haben Sie Planungen zur Erweiterung unter Schutz gestellter Landschaftsteile, und wenn ja, welche?

Welche Vorstellungen haben Sie zu weiteren Flurbereinigungsmaßnahmen?

Welche Vorstellungen haben Sie in Bezug auf die Auswahl und Ausgestaltung von Ausgleichsflächen für die Flurbereinigung?

Antwort von Hans Ulrich Ihlenfeld (CDU)

Die Kreisverwaltung als „Untere Naturschutzbehörde“ hat die Möglichkeit, Flächen als geschützte Landschaftsbestandteile, Naturdenkmäler oder Landschaftsschutzgebiete auszuweisen. Diese Ausweisungen unterstütze ich, soweit naturschutzfachliche Gründe wie der Artenschutz dies erfordern. Der Landkreis hat sich in den letzten Jahren zur Erhaltung der Natur und Artenvielfalt besonders beim Erwerb von Ausgleichsflächen engagiert und insgesamt 448 Tsd. qm für den Naturschutz erworben. Ich unterstütze dies ebenso wie die gute Zusammenarbeit unserer Verwaltung mit den Naturschutzverbänden und unsere intensive Öffentlichkeitsarbeit im DÜW-Journal.

Bei Naturschutzgebieten fällt lediglich die Ahndung von Verstößen in die Zuständigkeit des Kreises. Die Aktivitäten in diesem Bereich haben wir bewusst verstärkt.

Ich habe mich in der bisherigen Amtszeit auch eindeutig für die Erhaltung des Biosphärenreservat Pfälzerwald als in weiten Teilen unberührtes Waldgebiet eingesetzt. Dies bedeutet allerdings auch, dass aus meiner Sicht der Pfälzer Wald frei von Windkraftanlagen bleiben muss! Ich bin mir bewusst, dass hier ein Zielkonflikt zur Frage nach erneuerbaren Energien aus dem Landkreis besteht.

Auch die Schaffung von mehr Blühwiesen, Insektenhotels und ähnlichen Anlagen im Landkreis sind mein Ziel.

Gegenwärtig arbeitet der Kreis an der Ausweisung von vier Flächen auf dem Grünstadter Berg als geschützte Landschaftsbestandteile. Ferner begleiten wir das Projekt Eselbeweidung am Höllenberg bei Asselheim und führen ein Renaturierungsprojekt am Rehbach bei Haßloch über eine Strecke von 4 km durch. Selbstverständlich setze ich mich unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung unserer Natur und damit des Artenschutzes für die Ausweisung weiterer Flächen und für ähnliche Projekte ein.

Im Landkreis sind weitere Flurbereinigungsverfahren geplant. Die Flurbereinigung erfolgt immer unter Berücksichtigung ökologischer Belange, heute mehr als in der Vergangenheit. Die Ausweisung von Ausgleichsflächen für den Naturraum innerhalb des bereinigten Gebietes oder im gleichen Naturraum wird vom Kreis aktiv durch den Ankauf von Ausgleichsflächen unterstützt. Deren Pflege fällt dann in die Zuständigkeit der Teilnehmergemeinschaft oder der Kommune. Aus meiner Sicht nehmen die Beteiligten – Naturschützer, Landwirte, Winzer - die erforderlichen Aufgaben sehr verantwortungsbewusst wahr. Ich unterstütze deshalb die Verfahren.

Antwort von Timo Jordan (SPD)

Diese Fragen möchte ich als Bündel beantworten, da ich mir erst noch Detailwissen aneignen muss. Letztendlich muss man hier das Rad nicht neu erfinden, sondern auf bestehende Konzepte und Maßnahmen zurückgreifen. Ich setze mich für die Umsetzung der rheinland-pfälzischen Biodiversitätsstrategie ein. Wenn wir hier konsequent die auf EU-, Bundes- und Landesebene genannten Maßnahmen umsetzen, werden wir viel erreichen. Analog zur Mobilitätswende gilt hier ebenso, dass es keine Denkverbote geben darf. Da die Landwirtschaft eine große Verantwortung für den Erhalt der biologischen Vielfalt trägt und die Intensivierung einer der Hauptverursacher des Rückgangs der Artenvielfalt ist, muss eine naturnahe Bewirtschaftung von Flächen und Ausweitung des ökologischen Anbaus angestrebt werden. Gerade in der aktuellen Coronakrise hat aber auch in den privaten Haushalten ein Umdenken eingesetzt, was z.B. regionale Produkte angeht. Hierbei sehe ich die Kreisverwaltung als Netzwerkpartner für die Vermarktungsinitiativen zur Absatzförderung regionaler Produkte (Ideen- und Impulsgeber). Bezüglich der Flurbereinigungsmaßnahmen bin ich von Grund her eher skeptisch eingestellt. Viele dieser Maßnahmen sind aus meiner Sicht unnötig und meist überdimensioniert (Beispiel Rehbachverlegung Haßloch).



Themenkreis „Flächenverbrauch“

Frage des Klimabündnisses: Welche Maßnahmen werden Sie umsetzen, um den Flächenverbrauch im Landkreis gemäß der Empfehlung der Bundesregierung im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie zu reduzieren bzw. bis 2030 zu halbieren?

Antwort von Hans Ulrich Ihlenfeld (CDU)

Die Landschaft unserer schönen Pfalz ist eine wichtige Grundlage unseres Erfolgs. Schon deshalb ist jeder Eingriff nur mit äußerster Vorsicht möglich. Aber es gibt auch gute Gründe für Veränderung - zum Beispiel zur Weiterentwicklung von Gemeinden und zur Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum. Die Planung von Neubauf Flächen für Wohnraum wie für Gewerbe erfolgt durch den Verband Region Rhein-Neckar, in dessen Gremien der Landrat kraft Amtes mitwirkt. Derzeit wird der Regionalplan hinsichtlich aller bebaubaren, aber auch der Freiflächen überarbeitet. Alle Interessen werden dabei abgewogen. Schon heute sind neue Wohngebiete in vielen Gemeinden unseres Landkreises aufgrund der bereits vorhandenen restriktiven Regelungen kaum mehr möglich! Es gilt hier immer, das richtige Maß zu finden. Dafür trete ich ein.

Antwort von Timo Jordan (SPD)

Hier möchte ich die Maßnahmen Innenentwicklung vor Außenentwicklung, die Wiedernutzung von ehemaligen gewerblichen, industriellen und militärischen Liegenschaften sowie die Entsiegelung von Böden als Ausgleichsmaßnahme nennen. Konkret geht es mir um den Aufbau eines kommunalen Flächenmanagements, das die Belange von Natur-, Arten- und Bodenschutz umsetzt.

Themenkreis „Trinkwasser“

Frage des Klimabündnisses: Welche Handlungsschritte halten Sie für indiziert, um das Trinkwasser im Landkreis in Qualität und Quantität zu sichern?

Antwort von Hans Ulrich Ihlenfeld (CDU)

Die Gemeinden im Landkreis sichern die Wasserversorgung der Bürgerinnen und Bürger durch ihre Wasserwerke, die Ausweisung von Wasserschutzgebieten fällt in die Zuständigkeit der SGD Süd.

Nur in geologisch sehr schwierigen Gebieten kam es in letzter Zeit zu einzelnen Engpässen. Deshalb kann auch nur vor Ort eine gute Entscheidung darüber getroffen werden, wie das Wasser als Menschenrecht auch in Zukunft gesichert bleibt.

Allgemein ist die Kreisverwaltung zuständig für Gewässer zweiter Ordnung (Rehbach-Speyerbach), Gewässer dritter Ordnung fallen in die Zuständigkeit der Gemeinden. Die Wasserqualität der Bäche ist indirekt auch für die Trinkwasserversorgung relevant. Mehrere Renaturierungsprojekte im Landkreis verfolgen das Ziel der Qualitätsverbesserung. Für diese Maßnahmen setze ich mich ein. Mit verstärktem Einschreiten gegen illegale Ablagerungen - insbesondere Tresterhaufen und Pferdemist - beugt die Kreisverwaltung Schadstoffeinträgen ins Grundwasser vor.

Antwort von Timo Jordan (SPD)

Die Sicherung des Zugangs zu sauberem Trinkwasser ist Kernaufgabe der staatlichen Daseinsvorsorge. Gerade bei Hitzeperioden und langandauernder Trockenheit ist es spürbar, wie wichtig die Trinkwasserversorgung ist. Trinkwasser ist kostbar und nicht unbegrenzt verfügbar, weshalb wir sparsam damit umgehen müssen. Jeder kann über entsprechende Zisternen oder sonstigen Auffangmöglichkeiten Regenwasser sinnvoll speichern und entsprechend das gespeicherte Wasser nutzen. Gleichwohl müssen wir aber auch den Schutz der Grundwasservorkommen, z.B. vor Rückständen aus Medikamenten oder Pflanzenschutzmitteln, in den Fokus nehmen. Dies gilt bei landwirtschaftlich genutzten Flächen ebenso wie für öffentliches Grün und private Gärten.